

Entwicklung der finanziellen Situation der kommunalen Haushalte im Jahr 2023

Andreas Faust; vdpExpertise GmbH, 05/2024

Nach jüngst vorliegenden Informationen des Statistischen Bundesamtes verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände im Berichtsjahr 2023 erstmals ein Gesamtdefizit von 1,9 % bezogen auf die Gesamteinnahmen. Nach deutlichen realen Anstiegen der Einnahmen und Ausgaben und bedingt durch eine mittlere jährliche Inflationsrate von über 5 % in den letzten drei Jahren beträgt das vorläufige Finanzierungsdefizit 6,8 Mrd. Euro.

Die Einnahmen stiegen nominal um 9 %, real um 3 %, getragen von einem leichten realen Anstieg der Steuereinnahmen, welche ca. 40 % der Gesamteinnahmen betragen.

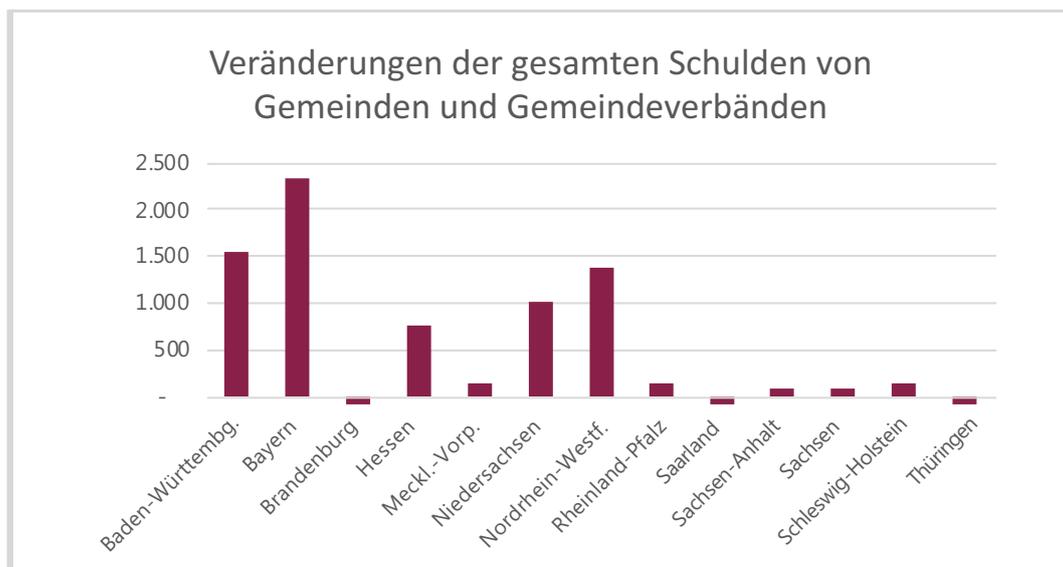
In einem Jahr mit einer durchschnittlichen Inflation von 5,9 % und einem realen wirtschaftlichen Rückgang von -0,3 %

ist ein Anstieg der Netto-Gewerbesteuer von 7,6 % beachtenswert. Die Gewerbesteuer ist mit ca. 50 % der Steuereinnahmen die wichtigste in den Händen der Kommunen liegende Einnahmequelle.

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im Jahr 2023 um 12 % nominal und spiegeln u.a. die Belastung der wirtschaftlichen Schwäche mit leicht steigenden Arbeitslosenraten wider, vor allem im Bereich der Sozialgesetzgebung II, deren Unterstützung in teilweiser Verantwortung der Kommunen liegt. Die durch den Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine im Februar 2022 verursachte und weiter andauernde Flüchtlingswelle ist Bestandteil der aktuell hohen Belastung der Kommunen.

Das zu finanzierende Defizit der Kernhaushalte wurde größtenteils von den Banken und Versicherungen über Schulden beim sogenannten nicht-öffentlichen Bereich getragen. Die Wertpapierkreditschulden in Höhe von ca. 3 Mrd. Euro, ein Instrument zu dreiviertel in Nordrhein-Westfalen genutzt, haben sich gegenüber dem 31.12.2022 nicht verändert. Die Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich stiegen im Jahr 2023 um gut 7,3 Mrd. Euro auf ca. 133 Mrd. Euro an.

Die stärksten Anstiege verzeichneten die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg mit jeweils 14 %, welche zugleich über die Hälfte der gesamten zuvor genannten Erhöhung von 7,3 Mrd. Euro ausmachen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen repräsentieren weitere 46 % des Schuldenanstiegs. Bundesländer wie Brandenburg, Thüringen und das Saarland wiesen leicht Rückgänge auf.



Quelle: Destatis, Tabelle 71311-0003 sowie eigene Berechnungen der vdpExpertise

Die vdpExpertise visualisiert Teile einer umfassenden Datenbank, u.a. zu Haushalts- und Schuldendaten aller Gemeinden und Gemeindeverbände Deutschlands, seit 2010 über eine Webanwendung

www.vdpKommunalDaten.de, die es erlaubt, einen kompakten Überblick über die haushälterische Situation einer Gemeinde bzw. eines Gemeindeverbandes zu erlangen.

Alle Informationen zu den vdpKommunalDaten der vdpExpertise finden Sie unter www.vdpexpertise.de. Bei Fragen kontaktieren Sie uns gern unter info@vdpexpertise.de.